



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 323.24 / 17.10.2024

Die Menschen vor Ort brauchen eine klare Perspektive für die Gesundheitsversorgung in der Region

Zur Sondersitzung des Sozialausschuss am 17.10.2024 zum Krankenhaus Geesthacht sagen der gesundheitspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Jasper Balke**, und **Oliver Brandt**, regionaler Landtagsabgeordneter und zuständig für den Kreis Herzogtum Lauenburg:

Die heutige Anhörung hat gezeigt, wie wichtig es war, die Sondersitzung zu beantragen und die betroffenen Akteure im Sozialausschuss des Landtages zu hören. Herr Denkhaus und Herr Vaasen standen den Abgeordneten als Insolvenzverwalter beziehungsweise -geschäftsführer Rede und Antwort, um über die aktuelle Situation zur Insolvenz der ehemaligen Johanniter-Einrichtungen in Geesthacht berichten zu können.

Die Johanniter sind als Eigentümer raus, wollen sich aus Schleswig-Holstein zurückziehen und die Insolvenzverwalter sind mittendrin im Prozess. Bis Ende Oktober können indikative Angebote von interessierten Trägern eingereicht werden. Dann prüft der Gläubigerausschuss und die verbleibenden Bieter erhalten detaillierte Informationen, um bis Ende November ein konkretes Angebot zur Übernahme abgeben zu können.

Nach Möglichkeit soll es bis Weihnachten - oder zumindest Jahresende - Klarheit geben und ein Vertragsabschluss stattfinden. Sehr erfreulich ist, dass die interne Kommunikation gut zu laufen scheint und die Mitarbeitenden dem Krankenhaus solidarisch die Stange halten. Auch die Gehälter der Beschäftigten sind nach Aussage der Insolvenzverwalter gesichert.

Wir freuen uns über die Aussagen, dass Psychiatrie und Geriatrie wirtschaftlich arbeiten und deren Weiterbetrieb auf dieser Grundlage auch für die Zukunft gesichert erscheint. Bedenkenswert ist, dass auch das Ministerium und Bürgermeister Schulze erst im

Rahmen dieser öffentlichen Sitzung wertvolle Informationen erhalten haben. Es scheint so, als müssten viele kommunikative und Management-Versäumnisse aus der Vergangenheit noch intensiv aufgearbeitet werden. Wir hoffen sehr, dass dies nun strukturiert und in guter Zusammenarbeit zwischen Ministerium und regionalen Akteuren stattfindet.

Insbesondere die Beschäftigten und Menschen vor Ort brauchen nun eine klare Perspektive für die Gesundheitsversorgung in der Region.
